BÖCKLER
IMPULS

18/2026 19. NOVEMBER

Hans Böckler Stiftung
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

3 **Weihnachtsgeld** Das Extra mit Tarif
4 **Grundsicherung** Arbeiten zahlt sich aus
5 **Einkommenssteuer** Kaum Spielraum für Entlastungen
6 **Ungleichheit** Status statt Sparbuch
7 **Euro** Autonomie statt Führungsrolle

VERTEILUNG

Öfter sehr arm

Die Einkommensungleichheit ist seit 1992 stark gestiegen. Ein Grund: Die Umverteilung durch den Sozialstaat hat nachgelassen.

Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in Deutschland befindet sich nach den aktuellsten Daten auf dem zweithöchsten Niveau seit 1992. Die Quote der Haushalte, die in Armut leben, liegt ebenfalls nah am Höchststand der vergangenen Jahrzehnte. Gegenüber 1992 hat sie um 45 Prozent zugenommen. Der Anteil der sehr Armen ist sogar um 76 Prozent gestiegen. Parallel dazu ist die untere Mittelschicht deutlich geschrumpft.

Dagegen ist die Spreizung bei den Stundenlöhnen seit Mitte der 2010er-Jahre zurückgegangen, weil der gesetzliche Mindestlohn eine Untergrenze eingezogen hat. Ein wichtiger Grund für die unterschiedlichen Entwicklungen bei Einkommens- und Lohnungleichheit ist, dass die Umverteilung durch Steuern und Sozialtransfers in der letzten Dekade abgenommen hat. Hinzu kommt der über die Zeit gestiegene Anteil an Teilzeitbeschäftigung, oft als Folge unzureichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Zu diesen Ergebnissen kommt der neue Verteilungsbericht des WSI.

Auf der anderen Seite der Einkommensverteilung ist der Anteil der Haushalte, die als „einkommensreich“ gelten, im Zeitverlauf recht stabil. Ihre Einkommen sind aber viel stärker gewachsen als im Rest der Bevölkerung. Insbesondere der Anteil der „sehr Einkommensreichen“ hat spürbar zugenommen, was die gesamtgesellschaftliche Einkommensungleichheit zusätzlich vergrößert hat.

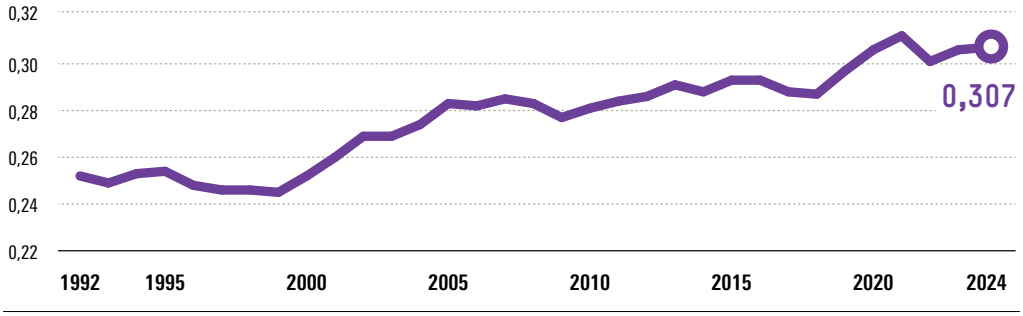
Dorothee Spannagel und Claus Schäfer, die die Studie verfasst haben, erkennen in den Befunden das „Bild einer zunehmend polarisierten Gesellschaft“. Dabei ist die noch deutlich größere Ungleichheit der Vermögen in Deutschland noch gar nicht berücksichtigt, betonen die Forschenden.

„Der neue WSI-Verteilungsbericht zeigt einerseits, dass es wichtig und möglich ist, die Schere bei den Arbeitslöhnen nicht immer weiter aufgehen zu lassen. Dabei hat die Erhöhung des Mindestlohns eine wichtige Rolle gespielt. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Sicherung von guten Löhnen und damit die Stabilisierung der mittleren Einkommensschichten wäre die Stärkung der Tarifbindung“, sagt Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI.

„Gleichzeitig haben wir auch in Zeiten geringer Arbeitslosigkeit eine Zunahme und Vertiefung von Armut und ein Wachstum von Einkommensungleichheit beobachtet. Das ist die Schattenseite der Entwicklung und zeigt, dass bestimmte Einkommensgruppen von den skizzierten positiven Entwicklungen nicht profitieren. Dies liegt unter anderem daran, dass die Umverteilungswirkung des Sozialstaats nachgelassen hat. > > >

Steigende Ungleichheit

So hat sich die Ungleichheit der Einkommen, gemessen mit dem Gini-Koeffizienten*, entwickelt …



*Der Gini-Koeffizient würde bei perfekter Gleichverteilung den Wert 0 annehmen. Würden alle Einkommen einem einzigen Haushalt zufließen, wäre der Wert 1. Quelle: WSI 2026

Hans Böckler Stiftung

Wenn die aktuellen Kürzungsdebatten wirklich zu weiterem Sozialabbau führen, wird das die Ungleichheit weiter verschärfen“, warnt die Soziologin.

Für die Studie haben Spannagel und Schäfer die gerade erst für Forschende zugänglich gemachten neuesten Daten des Sozio-oekonomischen Panels ausgewertet, die bis ins Jahr 2024 reichen. Die repräsentative Wiederholungsbefragung stützt sich auf Angaben von 23 000 Personen in 17 000 deutschen Haushalten. Weitere Daten stammen von der OECD.

„Armut hat sich vertieft, die untere Mitte ist unter Druck geraten, Reichtum konzentriert sich zunehmend an der Spitze“, lautet das Fazit von Spannagel und Schäfer. Diese Entwicklung sei sowohl ökonomisch als auch politisch hoch problematisch. Ökonomisch, weil Haushalte am oberen Ende der Verteilung zusätzliches Einkommen eher sparten, während Haushalte mit niedrigen Einkommen zusätzliche finanzielle Spielräume für den Konsum nutzten. „Höhere Transferleistungen oder höhere Erwerbseinkommen stärken daher unmittelbar die Binnennachfrage“ – die aktuell schwach bleibe. Politisch, weil Zweifel an der fairen Verteilung von gesellschaftlichem Wohlstand und materieller Teilhabe das Vertrauen in die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter schwächten. Das gelte insbesondere bei Angehörigen der unteren Mittelschicht, die noch stärker als arme Menschen das Gefühl hätten, etwas zu verlieren. Die Forschenden verweisen auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und zitieren: „Die vom Abstieg Bedrohten werden dann in Krisenzeiten politisch aktiv, um den eigenen Status zu verteidigen.“

Laut Spannagel und Schäfer sind drei Maßnahmenkomplexe dazu geeignet, wachsender Ungleichheit, Armut und politischer Polarisierung entgegenzuwirken.

Gute Erwerbsarbeit stärken: Sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Beschäftigung ist nach ihrer Analyse ein zentraler Baustein, um Lohnungleichheiten zu begrenzen und Erwerbseinkommen abzusichern. Der seit Jahren sinkenden Tarifbindung könne unter anderem durch mehr allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge entgegengewirkt werden. Zudem könnten weitere „soziale Komponenten“ bei Tariferhöhungen die Ungleichheit eindämmen. Um Niedriglohnbeschäftigung weiter zurückzudrängen und Arbeitsverhältnisse am unteren Rand der Lohnverteilung existenzsichernd zu gestalten, solle der Mindestlohn am europäischen Referenzwert von 60 Prozent des Brutto-Median-Stundenlohns von Vollzeitbeschäftigten ausgerichtet werden.

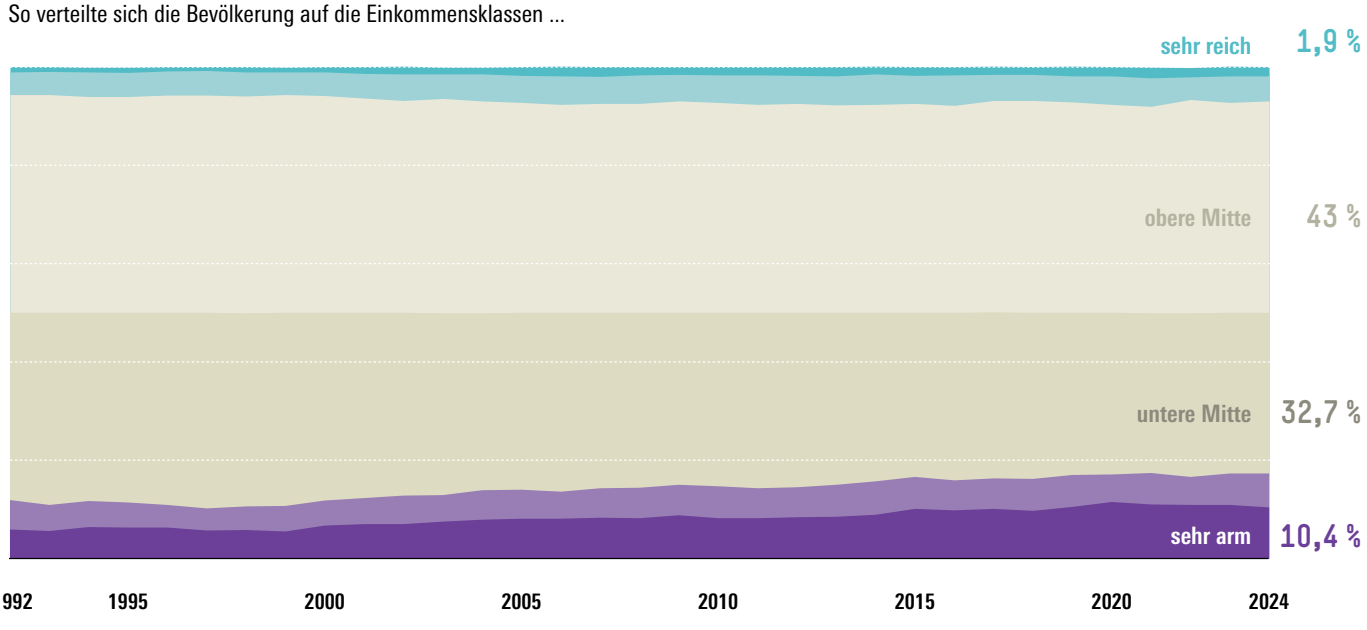
Erwerbsumfang von Haushalten erhöhen: Dafür ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich, so Spannagel und Schäfer. Nötig seien der Ausbau einer verlässlichen und möglichst kostenfreien Kinderbetreuung sowie die flächendeckende Umsetzung einer verlässlichen Ganztagsschulbetreuung, zumindest in Grundschulen. Ebenso wichtig seien flexible Arbeitszeitmodelle, bei denen Arbeitgeber die Arbeitszeitbedürfnisse von Familien stärker berücksichtigen.

Angemessene Transferleistungen sicherstellen: Wo Erwerbseinkommen nicht ausreichen oder Erwerbstätigkeit nicht möglich ist – etwa bei Menschen im Rentenalter –, komme dem Sozialstaat eine zentrale Rolle dabei zu, Armut zu bekämpfen und ihre Vertiefung zu verhindern. Neben einem höheren gesetzlichen Rentenniveau sei es wichtig, die Grundsicherung deutlich anzuheben. Auch die Einführung einer Kindergrundsicherung, so politisch unwahrscheinlich das derzeit erscheinen möge, wäre hier eine wirksame Maßnahme. <

Quelle: Dorothee Spannagel, Claus Schäfer:
Ungleiches Deutschland: Löhne und Einkommen seit 1992.
WSI-Verteilungsbericht 2026, WSI Report Nr. 117, November 2026 **Link zur Studie**

Armut steigt, Reichtum auch

So verteilte sich die Bevölkerung auf die Einkommensklassen …



Sehr arm sind Personen in Haushalten mit weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens, sehr reich solche mit mehr als dem Dreifachen des mittleren Einkommens.
Quelle: WSI 2026

Hans Böckler Stiftung